Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 RM., bei Postbestellung 2 RM. zuzüglich Abtragegebühr. Einzelnummern 10 Rpfg. Alle Postanstalten, Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 6 gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4 gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 3 gespaltene Reklamezeile im redaktionellen Teile 1 Reichsmark. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 173. — 86. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" Wilsdruff-Dresden Postscheck: Dresden 2640 Mittwoch, den 27. Juli 1927

Stiller Import.

Ob die Reichsbahn mit ihrem neuen Hotel in Stuttgart, das sie selbst hat bauen lassen und selbst auch leitet, nun auch den gewünschten finanziellen Erfolg haben wird, soll eine Sache für sich bleiben; denn das wichtigste daran ist die Tatsache selbst, daß die Reichsbahn überhaupt etwas Derartiges wie einen Hotelbetrieb übernimmt. Übrigens hat sie gewissermaßen eine Vorgängerin gefunden, da die Stadt Duisburg sich vor kurzem gleichfalls als Hotelbesitzerin aufgetan hat. All die zahllosen Proteste aus den Kreisen der Privatwirtschaft gegen dieses Vordringen der öffentlichen Hand auf Gebiete, auf denen sie ihrem Wesen und ihrer eigentlichen Aufgabe gemäß gar nichts zu suchen hat, scheinen also wirkungslos zu verhallen. In den Parlamenten gab es scharfe Reden gegen dieses Vordringen, gab es auch beruhigende Ministerversprechungen —, aber geschehen ist nichts, dieses Vordringen zu hemmen oder es gar in eine rückläufige Bewegung umzuwandeln.

Das Reich ist in dieser Hinsicht etwas zurückhaltender geworden, aber die Länder und namentlich die Kommunen bauen ihre bisherigen Betriebe immer weiter aus, richten neue ein. Wenn es noch bei Gas, Wasser, Elektrizität und öffentlichem Verkehr bliebe, dann wäre es noch auszuhalten. Obwohl man — angesichts der Steuerfreiheit dieser Betriebe — nie genau weiß, ob sie eigentlich wirtschaftlich rentabel sind oder nicht; außerdem ist ja durch den Monopolcharakter jede unliebsame Konkurrenz ausgeschaltet. Die Rechnung freilich zahlt der Konsument. Gibt es ein Defizit im städtischen Säckel, dann wird einfach die Steuerschraube angezogen oder die Tarife der öffentlichen Betriebe werden höhergesetzt — und die Rentabilität ist erreicht. Daß die Leidtragende dabei gerade die Privatwirtschaft ist, der man nicht bloß durch die höhere steuerliche Belastung die Produktionskosten verteuert, sondern ihr außerdem noch durch Ausdehnung dieser Betriebe schärfste Konkurrenz macht — erinnert sei z. B. an die Ladengeschäfte der Gaswerke, in denen einschlägige Apparate jeder Art verkauft werden, an die Übernahme selbst von Installationen und Reparaturen — macht bei den „zuständigen" Verwaltungen nicht den geringsten Eindruck. Man ist ja überdies in der glücklichen Lage, auch zu weit billigeren Bedingungen, als dies der Privatwirtschaft möglich ist, Kredite zu erhalten, um gegebenenfalls die öffentlichen Betriebe noch auszubauen; haftet doch dafür die Kommune, also die steuerzahlende Privatwirtschaft selbst, vor allem das Kleingewerbe und der Handel. Das geht herunter bis zum städtischen Blumenhandel, zum Speditionsgewerbe oder Kinobetrieb.

Dabei hätte die öffentliche Hand doch die Möglichkeit, Aufgaben zu übernehmen, deren Durchführung allgemein belebend auf das Wirtschaftsleben einwirken würde. Bloß — versagt man dann, weil derartiges nicht ganz leicht ist. Ein besonderes Kapitel dabei ist die Verkehrswerbung. Es ist mehr als eigenartig, daß z. B. das Verkehrsamt der Stadt Berlin, das solchen Zwecken diente, wieder geschlossen worden ist, offenbar weil es nicht in der Lage war, eine energische, verkehrsfördernde Tätigkeit zu entfalten. Vielleicht gelingt das der Reichsbahn besser, die ja ganz besonders die Nutznießerin einer Belebung des Verkehrs sein würde. Und die Privatwirtschaft wäre die letzte, die gegen eine großzügige Erfüllung einer derartigen Aufgabe etwas einwenden würde. Vor allem müßte man zu diesem Zweck ins Ausland gehen — wo man übrigens in dieser Hinsicht sehr viel lernen kann! Italien nimmt aus dem Fremdenverkehr jährlich sogar 500 Millionen ein und wir können diesen „stillen Import", dieses Geld, das der Ausländer bei uns läßt, auch sehr gut gebrauchen. Es gibt allerdings schon die Reichszentrale für deutsche Verkehrswerbung unter Führung der Reichsbahn, die gewiß viel getan und manches erreicht hat, aber gegenüber den Anstrengungen, die das Ausland in diesem „Kampf um den Reisenden" macht, bedeutet das noch nicht allzuviel. Hier aber möglichst großzügig — und ohne Scheu vor Kosten — zu arbeiten, ist um so notwendiger, als der Strom der Ausländer, der sich während der Inflation nach Deutschland ergoß, jetzt sehr viel schmaler geworden ist. Das wäre eine Aufgabe, bei der die öffentliche Hand unendlich viel segensreicher wirken kann im Interesse der gesamten deutschen Volkswirtschaft.

Aussprache über die Wiener Revolte.

Seipel vor dem Nationalrat.

Nachspiel zu den Wiener Unruhen.

Vor dem Wiener Nationalrat kamen jetzt die blutigen Ereignisse in Wien zur parlamentarischen Verhandlung. In politischen Kreisen wird darauf hingewiesen, daß es von dieser Sitzung abhängen wird, ob der Nationalrat noch weiter bestehen oder aufgelöst werden soll. Das Haus machte den an großen Parlamentstagen üblichen Eindruck. Es waren strenge Absperrungen getroffen worden, um jeden Zwischenfall zu vermeiden.

Bald nach Eröffnung der Sitzung erhielt Bundeskanzler Seipel das Wort, der sich unter atemloser Spannung des Hauses zu seiner Rede über die Vorgänge vom 15. bis 18. Juli erhebt.

Es sei Aufgabe des Nationalrates, so sagte er einleitend, dafür zu sorgen, daß in Zukunft solche Ereignisse nicht wiederkehren und die Österreichische Republik von ihren Wunden gesunde. Seipel erörterte dann den Ausgangspunkt der Unruhen, das Schattendorfer Urteil. Man könne diesem Geschworenengericht nicht den Vorwurf machen, daß es ein Klassengericht gewesen sei. Wenn aus der Initiative der Nationalversammlung heraus im Zusammenwirken aller der Regierung ein Vorschlag gemacht wird, wie sie das Gerichtswesen in Zukunft regeln soll, um es der Leidenschaft mehr zu entrücken, gebe ich jetzt schon meine Zustimmung.

Der Bundeskanzler schilderte dann, wie es aus einer teilweisen Arbeitsniederlegung und einer Demonstration zu den

Ausschreitungen am 15. Juli

kam. Bei dem ersten Angriff auf die Sicherheitswache war diese nicht mit Gewehren bewaffnet. Wie die Vorsteher der Krankenhäuser sagen, sind zwei Stunden lang nur verwundete Polizeibeamte eingeliefert worden. Als man gesehen hatte, welche Dimensionen die Bewegung annahm, da hat der Polizeipräsident in Erfüllung seiner Pflicht vom Landeshauptmann in Wien verlangt, daß er militärische Unterstützung anfordere. Der Landeshauptmann hat das abgelehnt. Da mußte der Polizeipräsident in seinem eigenen Wirkungskreis vorgehen. Er hat bestimmte Abteilungen der

Polizei mit Gewehren bewaffnet.

Erst dann ist der Umschwung eingetreten. Die Militärassistenz wurde dann nur zu einem bestimmten Zweck auf eigene Verantwortung des Polizeipräsidenten herangezogen, um das Parlament und den Justizpalast zu schützen. Seitdem das Militär die Besetzung durchgeführt hatte, haben die Exzesse aufgehört und das Militär brauchte keinen Schuß abzugeben. Vielleicht wäre die Hälfte der Opfer vermieden worden, wenn das Militär sogleich herangezogen worden wäre. Es hätte nicht zu schießen brauchen, es hätte nur durch die Straßen marschieren müssen. Sein bloßer Anblick hätte genügt. Dieser erste Fehler hat nach meiner Meinung sich am Landeshauptmann in Wien später noch in einer anderen Weise gerächt. Als am zweiten Tage in den äußeren Bezirken lebhafte Unruhen waren, da hat der Landeshauptmann gesehen, was ihm fehlte, weil er die Militärunterstützung nicht gestellt hatte.

Der Bürgermeister hat dann seine

Gemeindeschutzwache aufgestellt

und ihr die Funktionen der Polizei gegeben. Ich mache dem Bürgermeister von Wien nicht einen Vorwurf daraus, daß er ohne Bewilligung in einem solchen Falle getan hat, was er für gut befand. Aber er darf es nicht zulassen, daß die Gemeindeschutzwache zu einer ständigen Einrichtung wird, die nach Überzeugung der Regierung nicht der Befriedung des Staates dient. Von einem großen Teil der Bevölkerung wird sie als ständige Bedrohung angesehen. (Lebhafter Beifall rechts, Zwischenrufe links.) Nachdem nun die Unruhen vorüber sind, wird in unerhörtester Weise

gegen die Polizei gehetzt.

Wenn man bedenkt, daß ein Viertel der im Dienst stehenden Polizisten verwundet wurde, wird man wohl sagen können: „Gott sei Dank, sie haben ihre Pflicht getan!" (Hoch- und Bravorufe rechts, laute Pfuirufe links, anhaltender Lärm). Der Bundeskanzler ging dann auf die Schäden ein, die die Proklamation des allgemeinen Verkehrsstreiks verursachte. Er erklärte: Hätte der interne Telegraphen- und Telephondienst der Polizei während der gefährlichen Stunden funktioniert, wir hätten weniger Blutopfer gehabt. Der Verkehrsstreik hat zweitens der Verbreitung unrichtiger Nachrichten im Auslande Vorschub geleistet und er hat eine freie Tagung des Parlaments unmöglich gemacht. Der Bundeskanzler stellte sodann fest, daß nach allem, was bisher bekanntgeworden ist, die Bewegung nicht von außen her entfacht worden ist.

Helfen wir alle, so schloß Dr. Seipel, den wirklichen Frieden herzustellen, daß wieder Zustände geschaffen werden, durch die wir in der Lage sind, Angriffe anderer abzuwehren.

Nach der Rede des Bundeskanzlers, die von den bürgerlichen Parteien mit langanhaltendem Beifall quittiert wurde, bestieg

der Sprecher der Sozialdemokratie,

Dr. Otto Bauer, die Rednertribüne. Er führte aus, daß sich in beiden gegnerischen Lagern, auch in seiner eigenen Partei, ernste Fehler der Organisation gezeigt hätten. Er rügte, daß die Menge nicht wie früher durch Hornsignale gewarnt worden sei, bevor das Salvenfeuer der Polizei einsetzte. Diese sei durch falsche Gerüchte in künstliche Erregung versetzt worden. Schließlich nahm der Redner noch den sozialdemokratischen Bürgermeister Dr. Seitz vor den gegen ihn gerichteten Angriffen in Schutz.

*

Forderungen der Steiermark.

Der Steiermärkische Landtag befaßte sich ebenfalls mit den Wiener Vorgängen und mit dem Verkehrsstreik. In der Sitzung kam es wiederholt zu stürmischen Auseinandersetzungen. Es wurde eine Resolution angenommen, in der die Wiedereinführung der Todesstrafe, eine Reform der Schwurgerichte, Schutz der öffentlichen Verkehrsmittel und der lebenswichtigen Betriebe vor Stillegung durch einen politischen Generalstreik und Umwandlung des Söldnerheeres in eine Miliz gefordert wird.

Dr. Landsberg voraussichtlicher Nachfolger Hörsings.

Die Haltung des Zentrums.

Die Mißstimmung, die der Aufruf des Reichsbannerführers Hörsing anläßlich der blutigen Unruhen in Wien auch innerhalb der Reichsbannerkreise hervorgerufen hat, scheint doch nicht so ohne weiteres verschwinden zu wollen, wie es die ersten offiziösen aus Reichsbannerkreisen stammenden Meldungen besagten. Reichskanzler Marx, der dem Reichsbanner seit etwa zwei Jahren angehörte, hat nämlich an den Vorstand des Reichsbanners ein Schreiben gerichtet, in dem er seinen Austritt aus dem Reichsbanner erklärt. Begründet wird dieser Austritt mit der Kundgebung des Vorstandes des Reichsbanners an den Republikanischen Schutzbund in Wien, die, wie Dr. Marx schreibt, eine unberechtigte Einmischung in die politischen Verhältnisse des befreundeten Österreichs und eine schwere Herabsetzung und Beleidigung der Bundesregierung sei.

Reichstagsabgeordneter Dr. Landsberg, der voraussichtlich Nachfolger Hörsings als Oberpräsident der Provinz Sachsen werden wird.

Im übrigen sind die Vertreter der Zentrumspartei im Vorstand und im Reichsausschuß des Reichsbanners zu einer Besprechung nach Berlin berufen worden. In dieser Besprechung soll die weitere Haltung des Zentrums gegenüber dem Reichsbanner festgelegt werden. Schon jetzt kann mitgeteilt werden, daß die Zentrumsmitglieder des Reichsbannervorstandes über den Aufruf Hörsings sehr ungehalten waren, zumal sie überhaupt nicht vorher in Kenntnis gesetzt worden waren. Sie haben gegen die Vorwürfe, die in dem Aufruf gegen die österreichische Regierung erhoben worden sind, Verwahrung eingelegt und verlangen Sicherungen gegen die Wiederholung ähnlicher unliebsamer Vorkommnisse.

Das preußische Kabinett genehmigte das Rücktrittsgesuch Hörsings. Die Frage der Nachfolgerschaft ist noch nicht entschieden worden. Der preußische Minister des Innern soll sich zunächst mit dem Provinzialausschuß in Verbindung setzen. Wie es heißt, wird das Kabinett den sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Landsberg, der früher Reichsjustizminister und Gesandter in Brüssel war und mehrere Jahre seine Rechtsanwaltspraxis in Magdeburg ausübte, als Nachfolger in Vorschlag bringen.

Aus dem Reich der Lüfte.

Die neuesten Flugbegebenheiten.

Eine 14jährige amerikanische Fliegerin, die schon mit fünf Jahren ihren ersten Flug machte, ist jetzt in Frankreich eingetroffen und wird im Namen des Aeroklubs von Pittsburg der Mutter Nungessers einen Blumenstrauß überreichen. Anschließend daran will die junge Fliegerin einige Rundflüge über Paris ausführen. Die Suche nach Nungesser und Coli ist im übrigen eingestellt worden; die beiden Piloten werden jetzt hüben und drüben verloren gegeben.

Das Gegenstück zu dem jungen Mädchen, das schon mit fünf Jahren zum Himmel emporstieg, bildete eine alte Berliner Dame, die noch mit 89 Jahren einen kurzen Flug vom Tempelhofer Feld in Berlin aus unternahm. Sie hat den Rekord der 87jährigen Mutter des Bundeskanzlers Seipel damit gebrochen.

Die Ausrüstung des Flugzeuges „Miß Columbia", mit dem der zweite Atlantikflug unternommen wurde, ist nunmehr fast vollendet. Drouhin beabsichtigt jetzt Probeflüge zu unternehmen. Auch Kapitän Courtney, sein englischer Rivale, ist zum Start bereit. Sein Amerikaflug hängt nur noch von den Wetterbedingungen ab.

Im Völkerbundsekretariat ist ein Fachmännerkomitee zusammengetreten, das einen für den Völkerbund bestimmten exterritorialen Flugplatz vorbereiten

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF